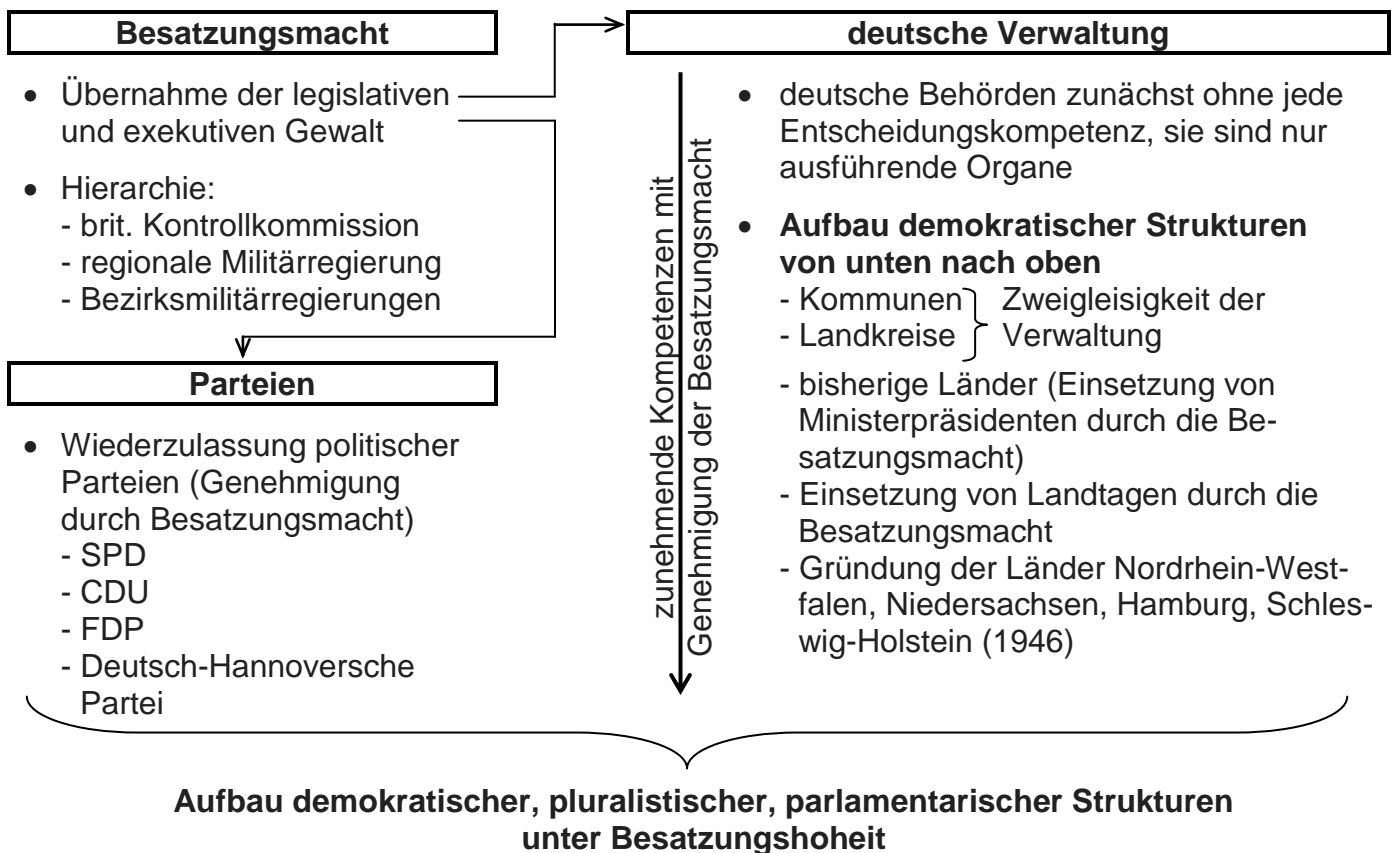


# Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

## Die Entwicklung staatlicher Institutionen in der britischen Zone (Beispiel Niedersachsen)



## Die Entstehung von Parteien

### **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

- Wiedergründung 1945 („Büro Dr. Schumacher“)
- Kurt Schumacher (1895-1952) als Vorsitzender
- antikapitalistische und antikommunistische Arbeiterpartei
- Planwirtschaft und Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Ziele

### **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**

- Wiedergründung 1945 – Verbot 1956

### **Freie demokratische Partei (FDP)**

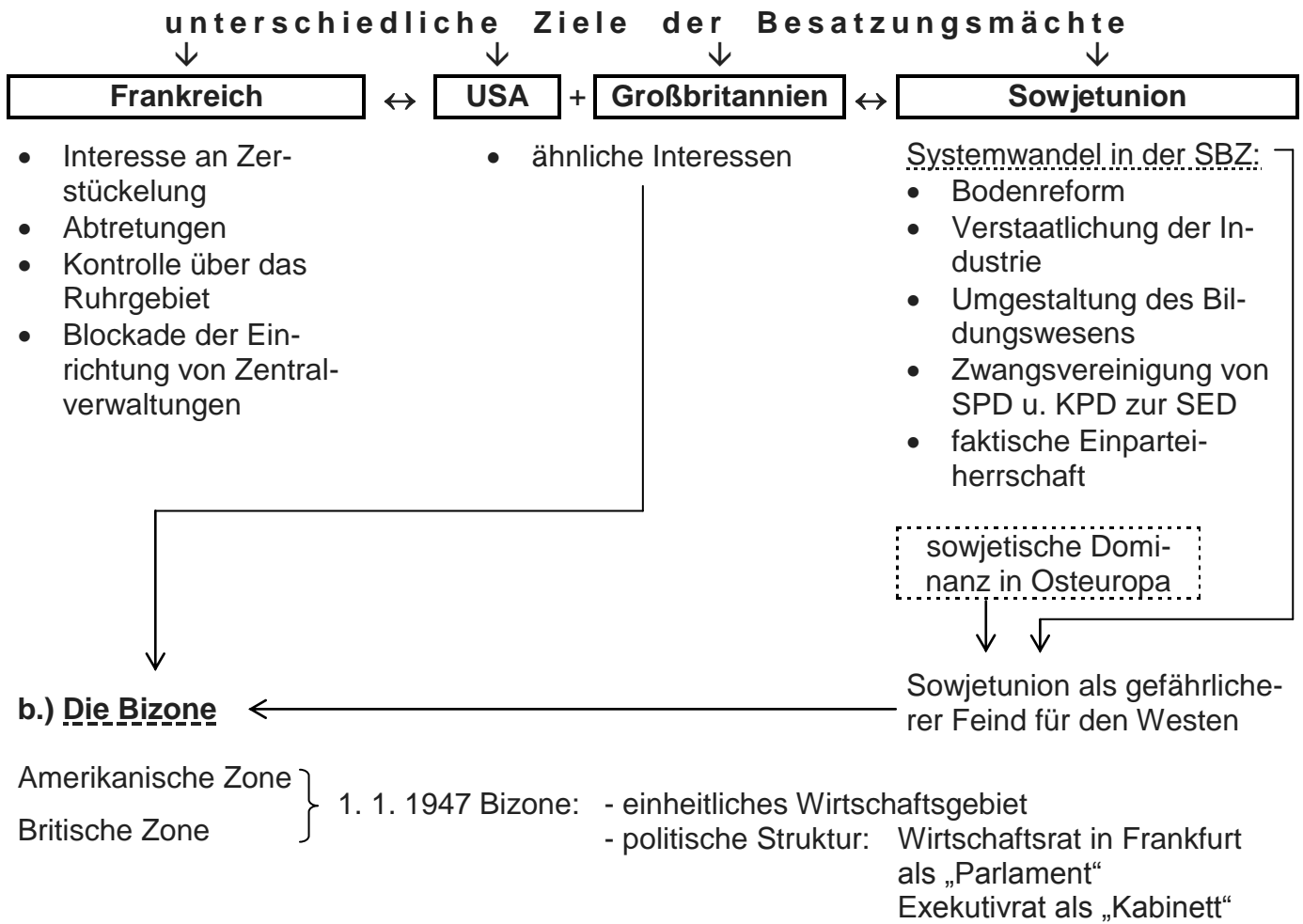
- Neugründung 1948 aus verschiedenen liberalen Parteien
- Theodor Heuss (1884-1963) als Vorsitzender
- Versuch der Integration des linksliberalen und des nationalliberalen Flügels
- Ziele: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft

### **Christlich-demokratische Union (CDU)**

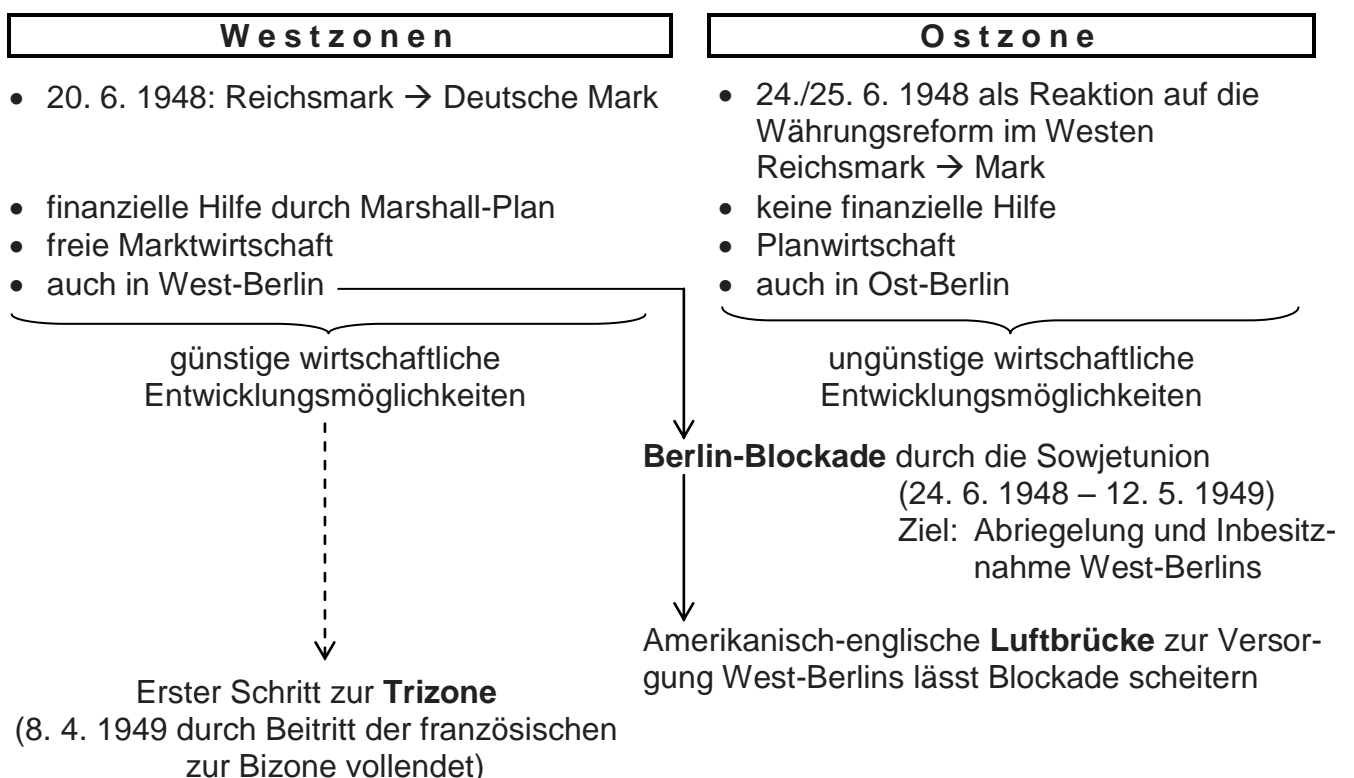
- Neugründung 1945 als überkonfessionelle, bürgerliche Volkspartei
- zunächst stark unterschiedliche Zielsetzungen: „christlicher Sozialismus“ – liberal-konservativ
- Konrad Adenauer (1876-1967) als maßgebliche Persönlichkeit, der die konservativ-liberale Richtung durchsetzt
- nicht in Bayern (dort CSU)

**ERGEBNIS: Parteienpluralismus durch Genehmigung der Besatzungsmächte**

# Deutschland unter Viermächteverwaltung



## Die Währungsreform



# Der organisatorische Rahmen der Staatsgründung

## a.) Die Frankfurter Dokumente (1948)

Überbringer:  
Militärgouverneure der 3 Westzonen

### **Inhalt der Frankfurter Dokumente:**

Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung

#### a.) Aufgabe:

Ausarbeitung einer Verfassung

- demokratisch
- föderalistisch
- Schaffung einer Zentralinstanz
- Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten

#### b.) Verfahren

- Genehmigung durch Militärgouverneure
- Ratifizierung durch Referendum

Alliierte Weichenstellung für die Bildung eines westdeutschen Staates

Empfänger:  
Ministerpräsidenten der 3 Westzonen

### **Stellungnahme der Ministerpräsidenten:**

Zurückstellung einer deutschen Nationalversammlung, dafür Wahl eines „Parlamentarischen Rates“

#### a.) Aufgaben:

Ausarbeitung eines „Grundgesetzes“ (und eines Wahlgesetzes)

- demokratisch
- föderalistisch
- Exekutivorgan

#### b.) Verfahren

- Genehmigung durch Militärgouverneure (- kein Referendum)

Grundlegende Zustimmung, doch Betonung der Vorläufigkeit, des Provisoriums

## b.) Das Besatzungsstatut (1949)

- Übertragung der Staatsgewalt an die BR Deutschland
- Einschränkung: Bereiche, in denen die Besatzungsmächte (Hochkommissare) ihre Zuständigkeit vorbehalten:
  - Außenpolitik
  - Außenhandel
  - militärische Fragen
  - Kontrolle über das Ruhrgebiet
  - Dekartellisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft
  - Beachtung des Grundgesetzes
- Vorbehalt: Rücknahme der Übertragung der Staatsgewalt durch Besatzungsmächte möglich

stark beschränkte Souveränität

Kontrolle durch Hochkommissare

Folge: Alliierte Hochkommission (3 Hochkommissare übernehmen die im Besatzungsstatut festgelegten Kompetenzen; sie residieren auf dem Petersberg bei Bonn) statt Alliiertes Kontrollrat

## c.) Das Petersberger Abkommen (1949)

[Vertragspartner: Alliierte + Bundesregierung]

- Teilnahme an internationalen Organisationen (OEEC, Europarat)
- Beitritt zur Ruhrbehörde
- Entmilitarisierung
- Wiederaufnahme von konsularischen und Handelsbeziehungen
- starke Reduzierung der Demontagen (endgültige Einstellung um 1950)

Erster Schritt zur

- außenpolitischen Souveränität
- Teilnahme an der (west-)europäischen Einigung

**Ruhrbehörde** = internationale Behörde (1949-1952) zur Kontrolle des Ruhrgebiets und zur Verteilung von Kohle und Stahl